

Hundertfach Flagge gezeigt

IBM-KONZERN – Protestkundgebung im Vorfeld der zweiten Verhandlungsrunde

Am 18. April um fünf vor eins haben sich mehrere hundert IBM-Mitarbeitende in Böblingen vor den Toren des Geländes versammelt, um ihre Unterstützung für die Forderungen der laufenden Tarifrunde lautstark deutlich zu machen. Mit Trillerpfeifen, Fahnen und Sprechchören haben sie der Geschäftsführung deutlich vermittelt, dass die Belegschaft jetzt eines braucht: einen guten und fairen Tarifabschluss mit einer Mindesthöhung für alle und einer ordentlichen Tarifanpassung.

„Mit diesem Rückenwind gehen wir gestärkt in die nächste Verhandlungsrunde und erwarten jetzt ein deutliches Angebot der Arbeitgeberseite“ kommentiert ver.di-Verhandlungsführer Pascal Röckert die gemeinsame Aktion mit der ver.di-Ortsgruppe Böblingen-Ehningen. Mindestens 500 Euro für alle Festangestellten und 250 Euro für Auszubildende und dual Studierende sowie eine zehnpromtente Tarifierhöhung, eine Mobilitätszulage und Angleichung der Tariftabellen im Konzern fordert ver.di.

„Die Unterstützung der Verhandlungsgruppe ist uns ein wichtiges Anliegen“, oder „Meine Kollegen und ich sind heute hier, um unserer Unzufriedenheit Luft zu machen über die Reaktion der Arbeitgeberseite, das geht so nicht“, sagten IBM-Beschäftigte bei der Kundgebung. Auch



Protest der IBM-Beschäftigten

für die Forderung nach einer Mobilitätszulage gab es starken Zuspruch: „IBM muss jetzt die Zeichen der Zeit erkennen und einen Anreiz zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel und umweltfreundliche Mobilität setzen“, sagte ein Kundgebungs-Teilnehmer.

„Wir stehen geschlossen hinter der Forderung von 10 Prozent mehr Tarifgehalt und einer deutlichen Mindesthöhung, die insbesondere den unteren Tarifgrup-

pen zugutekommen soll. Eine Entgeltserhöhung ist deshalb oberstes Gebot“, bewertet Bettina Bludau, Vorsitzende des Betriebsrats der IBM Research & Development in Böblingen, die Aussagen der Teilnehmer. „Die Unterstützung eines großen Teils der Belegschaft für die Realisierung ihrer Forderungen gibt uns das Mandat, unsere Forderung gegenüber der Arbeitgeberseite auf Augenhöhe und mit starkem Nachdruck zu vertre-

ten“, ergänzt Stephan Hiller, Mitglied der Verhandlungskommission und Betriebsrat aus Böblingen.

Christine Muhr, IT-Fachbereichssekretärin aus der ver.di-Landesbezirksverwaltung, führt weiter aus: „Die anhaltend hohe Inflationsrate hat zu realen Einkommensverlusten geführt. Wie andere Tarifabschlüsse auch aus der IKT-Branche gezeigt haben, ist es jetzt an der Zeit für einen guten Abschluss, der die Preissteigerungen für Wohnen, Energie und Lebensmittel auffangen hilft. Eine hoch profitable IBM darf ihre Mitarbeitenden hier nicht zurücklassen!“

Die zweite Verhandlungsrunde steht vor der Tür

Bereits in den nächsten Tagen wird sich die ver.di-Verhandlungskommission in Frankfurt erneut mit der Arbeitgeberseite zusammensetzen, um über ein konkretes Angebot zu sprechen. Je mehr IBMer sich hier solidarisch zeigen, desto besser werden die Ergebnisse sein. „Wir lassen uns nicht abspesen“, war für Thomas Rüter aus dem Vorstand der örtlichen ver.di-Betriebsgruppe das abschließende Fazit der Mittagspausenaktion in Böblingen.

ANZEIGE

FACHANWALT FÜR ARBEITSRECHT

Uwe Melzer

Breitscheidstr. 65 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-50 53 64-01
Telefax 0711-50 53 64-09
www.melzer-kempner.de

MELZER | KEMPNER | BRAUN
RECHTSANWÄLTE

Termine

DONNERSTAG, 29. JUNI, 15 BIS 17 UHR: Wohngeld – (K) Eine Möglichkeit zur Studienfinanzierung!?, online, Veranstalter: Studierendenwerk Stuttgart
Eine formlose Anmeldung per E-Mail an sozialberatung@sw-stuttgart.de ist notwendig. Weitere Infos unter studierendenwerk-stuttgart.de/beratung/sozialberatung

DONNERSTAG, 21. SEPTEMBER, 10 UHR, BIS 22. SEPTEMBER, 17 UHR: Grundlagen wirtschaftlicher und demokratischer Zusammenhänge im Gesundheitswesen. Seminar nach Bildungszeit
Tagungshaus der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten; Referenten: Jannik Widon, Jonas Schamburek und Benjamin Andelfinger, Freistellungsantrag möglich bis: 19. Juli 2023

Kosten: 90 Euro, für ver.di-Mitglieder kostenfrei, Getränke und Mahlzeiten sind inbegriffen.

Anmeldung und weitere Infos: bawue.verdi.de/service/veranstaltungen

Streik am Ostersamstag

GALERIA KARSTADT KAUFHOF (GKK) – 200 Kolleg*innen und Kollegen der Galeria-Filialen in Stuttgart (Königstraße und



Protest der Galeria-Beschäftigten

Eberhardstraße), Esslingen und Heilbronn traten am 8. April in den Warnstreik. Damit verliehen sie ihrem Unmut und ihren Forderungen gegenüber dem Galeria-Management Ausdruck. Sie forderten die Rückkehr zu den Flächentarifverträgen, existenzsichernde Löhne und eine sichere Perspektive für die Zukunft.

Die Kolleg*innen haben in den vergangenen Jahren bundesweit jährlich auf jeweils 5.500 Euro verzichtet, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Das Management kündigte jetzt erneut Massenentlassungen an. Auch in Filialen, die erhalten werden sollen, droht Personalabbau. In der Galeria-Filiale Stuttgart Königstraße sollen von derzeit 180 Beschäftigten 50 Kolleg*innen ihre Arbeit verlieren.

Ein digital-stationäres Warenhaus, das eine Zukunft haben will, braucht aber nicht weniger sondern mehr Personal, denn es muss den Kund*innen Service und gute Beratung bieten, um mehr Umsätze zu generieren. Das alles kann nur mit Menschen gelingen, die in den Filialen arbeiten.

Das Galeria-Management fordert jedoch Flexibilisierung der Arbeitszeit, Lohnverzicht auf Dauer und schüchert damit die Beschäftigten ein. Eine der Antworten auf das menschenunwürdige Verhalten ist und bleibt der Streik. Zur Durchsetzung ihrer Interessen sind die Kolleg*innen jederzeit bereit, erneut auf die Straße zu gehen.

Vinko Vrabec
GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR HANDEL,
VER.DI STUTTGART

Pendler*innen werden abgehängt

PROTEST – Kundgebung gegen geplante Vollsperrungen von Bahnstrecken in der Region

„Wir lassen uns nicht abhängen“ steht auf den Flyern und Karten, die in tausendfacher Auflage vor kurzem an die Pendler*innen im Rems-Murr-Kreis und in Stuttgart verteilt wurden. Ein breites Bündnis aus Umweltschützern, Gewerkschaften und Parteien hatte Mitte April gegen die von der Deutschen Bahn (DB) geplanten Streckensperrungen demonstriert.

Hintergrund: Im Zuge des Bahnhofprojekts Stuttgart 21 soll die Region bis Ende 2025 der erste digitalisierte Bahnknoten (DKS) in Deutschland werden. Das umfasst auch das neue europäische Zugversicherungssystem ETCS. Dafür müssen Tausende Kilometer Kabel verlegt werden. Mitte März hatte die Bahn kurzfristig angekündigt, dass die notwendigen Arbeiten umfangreicher sind als bislang vorgesehen und nicht im laufenden Betrieb

durchgeführt werden können. Deshalb sollen Strecken gesperrt werden.

Dies hat gravierende Auswirkungen auf die Remsbahn zwischen Stuttgart und Aalen, die Murrbahn zwischen Stuttgart und Schwäbisch Hall sowie auf den Bahnverkehr nach Tübingen und Ulm. Später sollen Streckensperrungen im Bereich Vaihingen, Flughafen und Böblingen folgen.

Wie aber kommen dann Beschäftigte, Pendelnde, Schüler*innen, Studierende und vor allem Menschen mit Behinderungen von und nach Stuttgart? Geht es nach den Planungen der Bahn fahren ab 12. Mai bis voraussichtlich 29. Juli keinerlei S-Bahnen und Züge auf den vielbefahrenen Strecken der Rems- und Murrbahn zwischen Bad Cannstatt und Waiblingen. Das bedeutet knapp drei Monate Stillstand. Die DB kann offenbar machen, was

sie will, die Politik schaut ratlos zu. Weder Landräte noch Kommunalpolitiker*innen sehen sich in der Lage, das drohende Chaos abzuwenden, ja selbst das Landesverkehrsministerium scheint wie gelähmt, kritisiert der Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart, Cuno Brune-Hägele. „Das ist gelinde gesagt eine Riesensauerei“, sagte Brune-Hägele auf der Kundgebung vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof.

Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat die Bahn noch kein tragfähiges Alternativkonzept vorgelegt. Es drohe Chaos auf den Einfallstraßen rund um Stuttgart, die schon jetzt täglich durch kilometerlange Staus blockiert seien: „So senkt man gewaltig die Akzeptanz des Schienenverkehrs, das ist ein massiver Schlag ins Gesicht einer Verkehrs- und Klimawende“, so der Gewerkschafter.

Mit Bussen allein sei die Verkehrswende nicht zu schaffen, die dafür nötigen Busfahrer*innen fehlten. „Ein starker ÖPNV, eine starke Bahn bedeutet auch gute Arbeitsbedingungen für gute Beschäftigte, gut bezahlte Beschäftigte! Wir brauchen keine Bürgerbahn und keine profitorientierte Aktionärsbahn – wir brauchen eine Bahn, die fährt“, so Brune-Hägele. ver.di fordere den sofortigen Stopp der Pläne zu Streckensperrungen. „Im Sinne der abhängig Beschäftigten erwarten wir, dass die Verantwortlichen in Stadt und Land dieses absehbare Chaos abwenden.“

80 Ersatzbusse sollen den Verkehr von den gesperrten Strecken auffangen. Doch Brune-Hägele hat Zweifel, dass sie ausreichen, um den Ansturm der Pendler*innen zu bewältigen. Daher sagt er „Nein“ zu den Streckensperrungsplänen der Deutschen Bahn.

Gewerkschaften als Teil der Friedensbewegung

3.000 Menschen nahmen am diesjährigen Stuttgarter Ostermarsch teil, zu dem unter anderen ver.di und die GEW, aber auch der DGB aufgerufen hatten. Der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, einer der Hauptredner, lehnte die Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Er fühle sich an die Debatte um die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu Beginn des 1. Weltkriegs erinnert. Stattdessen fragte er: „Warum sollten wir nicht Ärzte dort-

hin schicken und medizinisches Gerät? Das brauchen sie dringend.“

Er erinnerte an die Aussagen des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett. Danach sollte Ende März 2022 eine Einigung zwischen Russland und der Ukraine sehr nahe gewesen sein. Ebenso wie die anderen Redner*innen verurteilte er den „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands“. Däubler forderte, die diplomatischen Anstrengungen zu verstärken, um zu einem Waf-

fenstillstand und zu Friedensverhandlungen zu kommen.

„Krieg stoppen, Frieden vorbereiten“ war auch der Tenor des Ostermarschaufzugs, der von circa 40 Gruppen und Organisationen sowie vielen Einzelpersonen aus einem breiten politischen Spektrum unterstützt wird. Keine Aufrüstung, Ablehnung des 100-Milliarden-Schuldenpakets und des Ziels, 2 Prozent des Brutto sozialprodukts für Militärisches auszugeben, stattdessen Bemühungen

um eine europäische Friedensordnung, die auch Russland einbindet. Umweltaktivist*innen aus Tübingen und Stuttgart wiesen auf die Umweltzerstörung durch Krieg und Waffenproduktion hin.

Dass es noch andere Kriege in der Welt gibt, an denen Staaten des sogenannten „Wertewestens“ beteiligt sind, wurde angesprochen: etwa der Krieg im Jemen. Wiltrud Rösch-Metzler von Pax Christie verurteilte in ihrer Rede die Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern; damit werde eine von der UNO, aber auch der Bundesregierung geforderte und unterstützte Zweistaatenlösung immer unmöglicher. Durch die zahlreichen Fahnen von ver.di, GEW und DGB wurde deutlich, dass sich die Gewerkschaften in Fragen von Krieg und Frieden nicht wegduckten (dürfen).

Mehr auf friedensnetz.de/themen/aktionen/ostermarsch-2023

Norbert Heckl, VER.DI-BEZIRK STUTTGART

ANZEIGE

Ihre Rechtsanwältinnen und Fachanwältinnen* für Arbeitsrecht

Stark*, Mayer, Hehr* & Kollegen
Alleestraße 10, 71638 Ludwigsburg
Fon (0 71 41) 91 3 08-0
Fax (0 71 41) 91 3 08-77
www.rechtsanwaeltin-lb.de
stark@rechtsanwaeltin-lb.de

Bartl*, Mausner*, Horschitz*, Thiel
Johannesstraße 75, 70176 Stuttgart
Fon (07 11) 63 32 43-0
Fax (07 11) 63 32 43-20
www.arbeitnehmeranwaeltin-stuttgart.de
info@arbeitnehmeranwaeltin-stuttgart.de

